

96. Abgeordneter **Sven Lehmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wie viele Verfahren wurden nach Kenntnis der Bundesregierung infolge von Sanktionen der Jobcenter 2018 von Sozialgerichten mit welchem Ergebnis abgeschlossen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 10. Januar 2019

Im Zeitraum von Dezember 2017 bis November 2018 wurden insgesamt 4 800 Klagen entschieden, die sich auf das Sachgebiet von Sanktionen beziehen. Bezogen auf die Anzahl der neu festgestellten Sanktionen liegt der Anteil der Klagen bei etwa 0,5 Prozent. Beschränkt auf die tatsächlich stattgegebenen oder zumindest teilweise stattgegebenen Klagen fällt der Anteil niedriger aus. Die Zahlen zu den Klagen und deren Erledigungsart können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle: Abgang von Klagen mit Sachgebiet "Sanktionen" nach Erledigungsart
Deutschland

Berichtszeitraum	Abgang von Klagen	abgewiesen mit Urteil / Beschluss	dar.		dav.			anderweitig erledigt ohne Urteil / Beschluss mit teilw eise Nachgeben (Vergleich)
			anderweitig erledigt ohne Urteil / Beschluss ohne Nachgeben (Rücknahme der Klage)	stattgegeben / teilw eise stattgegeben	dar.	teilw eise stattgegeben mit Urteil / Beschluss	anderw eitig erledigt ohne Urteil / Beschluss mit Nachgeben (Anerkenntnis durch Jobcenter)	
	1	2	3	4	5	6	7	8
Gleitende Jahressumme (Dezember 2017 - November 2018)	4.761	1.056	1.968	1.718	441	63	784	430
Jahressumme (Januar 2018 - November 2018)	4.328	961	1.788	1.561	412	57	706	386

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

97. Abgeordnete **Corinna Rüffer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wann ist mit einer Entfristung und dauerhaften Finanzierung der Unabhängigen Teilhabe-Beratung (EUTB) zu rechnen (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD auf Seite 95, Absatz 1)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese vom 27. Dezember 2018

Mit § 32 SGB IX wurde die Grundlage geschaffen, eine ergänzende, von Leistungsträgern und Leistungserbringern unabhängige Teilhabeberatung zu fördern. Die Förderung ist zunächst bis zum 31. Dezember 2022 befristet.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erarbeitet derzeit eine gesetzliche Regelung, die unter Einbeziehung der bisherigen Erkenntnisse aus der Einführung der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) auch die haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die Entfristung soll einen nahtlosen Übergang in eine Anschlussförderung ermöglichen und den Trägern, den Beschäftigten und

Ratsuchenden Planungssicherheit geben. Denn die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung bildet einen wichtigen Eckpfeiler in der Neuordnung des Leistungsrechts für Menschen mit Behinderungen in Übereinstimmung mit der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK).

98. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Meldungen über mögliche Personenschäden im Zusammenhang mit Kabinenluft-Vorfällen gingen 2018 nach Kenntnis der Bundesregierung bei der Berufsgenossenschaft Verkehr ein, und wie viele dieser Fälle führten zu einer Arbeitsunfähigkeit der betroffenen Personen?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griese vom 7. Januar 2019

Nach Mitteilung der Berufsgenossenschaft Verkehrswirtschaft Post-Logistik Telekommunikation (BG Verkehr) werden die betreffenden Zahlen halbjährlich ermittelt und auf der dortigen Homepage veröffentlicht. Im ersten Halbjahr 2018 gingen danach rund 250 Unfallmeldungen ein. Die Zahlen für das gesamte Jahr 2018 liegen voraussichtlich Ende Januar 2019 vor.

Erläuternd merkt die BG Verkehr an, dass diese Zahlen sich aufgabengemäß allein auf die bei ihr gesetzlich unfallversicherten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen, nicht auf sonstige Personen. Im Übrigen weist die BG darauf hin, dass sie alle Unfallmeldungen registriert, unabhängig davon, ob sie mit einer Arbeitsunfähigkeit verbunden sind oder nicht. Darüber hinaus erfasst sie die meldepflichtigen Unfälle, d. h. die Unfälle mit einer Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen. Rund zehn Prozent der gemeldeten 250 Unfälle im ersten Halbjahr 2018 sind meldepflichtig gewesen. Aktuelle Daten dazu werden auf der Internetpräsenz der BG Verkehr veröffentlicht (vgl. www.bg-verkehr.de/presse/hintergrund/kabinenluft).

Die jährlichen Zahlen seit dem Jahr 2013 finden sich zudem unter: www.bg-verkehr.de/arbeits-sicherheit-gesundheit/branchen/luftfahrt/fume-and-smell-events/fragen-und-antworten

99. Abgeordnete
**Beate
Walter-Rosenheimer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, zur Fachkräftesicherung das Anwerbeverfahren im Ausland zu optimieren und die Visaverfahren zu vereinfachen, und wenn ja, wie (vgl. hierzu Vorschläge der IHK München und des ifo-Instituts vom Oktober 2018 zur „Optimierung des Anwerbe- und Aufenthaltsverfahrens“ für Fachkräfte aus Drittstaaten)?

Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin Anette Kramme vom 4. Januar 2019

Das Bundeskabinett hat am 19. Dezember 2018 den Entwurf für ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz beschlossen. Um das mit dem Gesetzesentwurf angestrebte Ziel der Steigerung der Fachkräfteeinwanderung zu